

# „Wirtschaftssanktionen“ im Globalen Süden

Helmut Lohrer

*Rechtliche, politische und  
humanitäre Dimensionen von  
einseitigen Zwangsmaßnahmen*

**Sanktionen töten über Monate und Jahre durch Mangel, Krankheit, Verschleiß und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens. Eine bis dato weitgehend unbeachtete gigantische Fluchtursache.**

## **Nahrungsversorgung leidet**

Der Wasserbankrott bedroht auch die weltweite Nahrungsversorgung: Aktuell werden mehr als die Hälfte der weltweiten Nahrungsmittel in Regionen produziert, in denen die Wasservorräte zurückgehen oder instabil sind. Mehr als 170 Millionen Hektar Anbauflächen müssen inzwischen aus Wassermangel bewässert werden – das entspricht der gesamten Fläche von Frankreich, Deutschland, Spanien und Italien zusammen.

Doch durch die Bewässerung degradieren und versalzen die Böden. Rund 100 Millionen Hektar Ackerland sind bereits durch Versalzung geschädigt, so der UNU-Bericht. „Millionen von Landwirten versuchen, immer mehr Nahrungsmittel anzubauen, während ihre Wasserquellen schrumpfen, verschmutzt sind oder ganz verschwinden“, sagt Madani. „Ohne einen raschen Übergang zu einer wassersparenden Landwirtschaft wird sich die Wasserinsolvenz rasch ausbreiten.“

Bericht: „Global Water Bankruptcy: Living Beyond Our Hydrological Means in the Post-Crisis Era“, 2026; doi: 10.53328/INR26KAM001

Nadja Podbregar schreibt für scinexx. Erstveröffentlichung ihres hier gekürzt abgedruckten Artikels auf: <https://www.scinexx.de/news/geowissen/report-deklariert-globalen-wasserbankrott/>. Quelle: United Nations University, Institute for Water, Environment and Health (UNU-INWEH).

Ich möchte mit einem Patienten von mir beginnen. Nennen wir ihn Achmed Sayed. Achmed lebt seit einigen Jahren hier in Deutschland. Er hat 2014 im Irak einen schweren Verkehrsunfall erlitten und dabei sein linkes Bein verloren. Die Amputation ist so hoch und ungünstig gelegen, dass er eine sehr komplexe Prothesenversorgung braucht – regelmäßige Anpassungen, neue Polsterungen, Ersatzteile, fachkundige Betreuung. Hier in Deutschland ist das möglich. Mit viel Aufwand ist es gelungen, für ihn eine Prothese anzufertigen, mit der er sich selbstständig bewegen kann.

Nun soll Achmed in den Irak abgeschoben werden. In ein Land, das früher einmal ein funktionierendes, gut ausgestattetes Gesundheitssystem hatte – eines der besten im Nahen und Mittleren Osten – und das bis heute unter den Folgen der Sanktionen, der Kriege und der Zerstörung leidet und erst langsam wieder in die Lage kommt, – solange der aktuelle Iran-Krieg dies nicht vereitelt – grundlegende medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Für Achmed heißt das konkret: Es ist ungewiss, ob es dort eine fachgerechte Prothesenversorgung gibt. Ob Ersatzteile verfügbar sind, spezialisierte orthopädie-technische Werkstätten auf dem Niveau existieren, die seine komplexe Prothese versorgen können. Wenn nicht gewartet, würde seine Prothese innerhalb weniger

Monate unbrauchbar werden. Und seine gesundheitliche Situation sich dramatisch verschlechtern.

Und das alles wegen fehlender Strukturen, die in einem erheblichen Maß durch Sanktionen zerstört wurden und erst langsam wieder aufgebaut werden.

## **Irak und Cuba**

Achmed wurde 1994 geboren. Da lag die Einführung der umfassenden UN-Sanktionen gegen den Irak bereits vier Jahre zurück. Sie wurden am 6. August 1990 vom UN-Sicherheitsrat beschlossen – einstimmig. Über mehr als dreizehn Jahre hinweg wurden fast alle Importe und Exporte blockiert – mit dramatischen Folgen für die gesamte Bevölkerung.

Achmed ist in dieser Welt aufgewachsen. Er hat dort nie erlebt, wie ein funktionierendes Gesundheitssystem aussieht. Für ihn waren Medikamentenmangel, Ausfälle der Stromversorgung, marode Krankenhäuser, fehlende Intensivbehandlung und ständige Engpässe im Alltag die Normalität.

Professor Gottstein berichtete damals für den IPPNW aus den dortigen Krankenhäusern von sterbenden Diabetikern, weil Insulin und Teststreifen nicht eingeführt werden konnten. Von Kindern mit Leukämie, deren Überleben bei adäquater Behandlung sehr wahrscheinlich gewesen

wäre, die aber starben, weil Chemotherapie nicht verfügbar waren. [Anm. d. Red.: vgl. die aktuelle Lage im Gaza-Streifen S. 90.]

Die österreichische Ärztin Eva-Maria Hobiger hat berichtet, wie sie für ihr Mutter-Kind-Hospital in Basra einfache medizinische Geräte beantragt hat: Infusionsgeräte, ein Spezialkühlschrank für Blutkonserven, eine Zentrifuge. Neun Monate lang wurde alles blockiert. Als sie dann persönlich nach New York reiste, sagte der US-amerikanische Vertreter des Sanktionskomitees zu ihr den folgenden Satz: „Ich spreche mit Ihnen nicht über leukämiekranken Kinder. Ich spreche nur über das Regime von Saddam Hussein.“

Medizinische Güter waren eigentlich offiziell von Sanktionen ausgenommen. Aber Banken, Logistikfirmen, Hersteller – alle handelten aus Angst vor Sanktionen über vorsichtig. Sie blockierten lieber jede Lieferung, selbst wenn sie eigentlich erlaubt gewesen wäre. Diese sogenannte Over-Compliance hat die humanitären Auswirkungen der Sanktionen enorm verschärft.

Ein ähnliches Bild wie damals im Irak zeigt sich bis heute – einmal mehr verstärkt durch das aktuelle US-Öl-Embargo – in Kuba. Das Land verfügt über gut ausgebildetes medizinisches Personal, doch die jahrzehntelange Blockade und der damit verbundene Mangel an Ersatzteilen und Verbrauchsmaterialien führen dazu, dass selbst grundlegende medizinische Geräte regelmäßig ausfallen. Viele Fachabteilungen arbeiten deshalb weit unter ihrem eigentlichen Niveau. Kollegen dort haben mir berichtet, dass sie z.B. Blasenspiegelung nicht durchführen konnten, weil das notwendige Endoskop seit Monaten defekt war und weder repariert noch ersetzt werden konnte. Menschen sterben infolge der mangelnden Versorgung.

All das wurde lange von Ärztinnen und Ärzten, Hilfsorganisationen, Journalistinnen und Journalisten berichtet. Erst mit der Zeit erschienen systematische Belege und Studien, die die Erzählungen durch belastbare Zahlen belegten.

### **Studien zu Sanktionsfolgen und Sterblichkeit**

Frühe ökonomische Studien, unter anderem aus der Politikwissenschaft und Entwicklungsökonomie, zeigen übereinstimmend: Sanktionen führen fast immer zu einer Verschlechterung zentraler wirtschaftlicher Indikatoren – steigende

Arbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne, Rückgang der Importe, Abwertung der Währung.

Diese Effekte wirken unmittelbar auf die Gesundheit der Bevölkerung: Medikamente werden teurer oder unerschwinglich, Versorgungsketten brechen zusammen, Krankenhäuser können Wartung oder Material nicht mehr bezahlen.

Das verdeutlicht eine Studie von CESifo, einer Kooperation der Universität München und des ifo-Instituts aus dem Jahr 2023 mit dem Titel „Zu Tode sanktioniert? Die Auswirkungen wirtschaftlicher Sanktionen auf die Lebenserwartung und die geschlechtsspezifischen Unterschiede“<sup>1</sup>. Sie hat gezeigt, dass Sanktionen die Lebenserwartung in den sanktionierten Ländern signifikant senken. Gleiche Ergebnisse brachte die IPPNW-Studie Body Count<sup>2</sup>, die Opferzahlen infolge des ‚War on Terror‘ untersucht hat.

Seit August 2025 liegt nun eine wirklich umfangreiche, robuste, internationale Analyse vor – eine in der renommierten Zeitschrift *The Lancet Global Health* veröffentlichte Studie mit dem Titel „Auswirkungen internationaler Sanktionen auf die altersspezifische Sterblichkeit: eine länderübergreifende Panel-Datenanalyse“<sup>3</sup>:

Die drei Autoren haben dafür Daten aus einem Zeitraum von fünfzig Jahren ausgewertet – von 1971 bis 2021 – und insgesamt 152 Länder untersucht. Die Daten stammen aus offiziellen Quellen der UN, der Weltbank und anderen, renommierten Institutionen.

Die Studie unterscheidet verschiedene „Sender“ von Sanktionen (UN-Sanktionen, Sanktionen durch die USA, Sanktionen der EU) und untersucht, was in einem betroffenen Land passiert wäre, wenn es keine Sanktionen gegeben hätte – unter Beachtung, dass andere Faktoren – etwa Kriege, Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen – die Ergebnisse nicht verfälschen. Dazu wurden sanktionierte mit ähnlichen, aber nicht sanktionierten Ländern verglichen.

Die Ergebnisse sind bemerkenswert: Die Sterblichkeit steigt in sanktionierten Ländern – in fast allen Altersgruppen als Folge

der Sanktionen signifikant an. Besonders stark betroffen sind Kinder unter fünf Jahren und ältere Menschen.

### **Unilaterale versus UN-Sanktionen**

Eine Modellrechnung der Studie ergibt, dass weltweit etwa 560.000 zusätzliche Todesfälle pro Jahr auf die Wirkung von Sanktionen zurückzuführen. Eine ähnliche Zahl von Menschen stirbt pro Jahr durch bewaffnete Konflikte. Sanktionen sind nicht so sichtbar wie Bomben und Granaten, nicht so medial präsent – aber genauso tödlich.

Die Studie stellt fest, dass unilaterale Zwangsmaßnahme durch die USA die stärksten negativen Effekte haben. Danach folgen Sanktionen durch die EU. UN-Sanktionen haben im Durchschnitt geringere Auswirkungen auf die Sterblichkeit.

Wie passt das zu den Erfahrungen im Irak? Denn die UN-Sanktionen gegen den Irak in den 1990er Jahren gelten als eines der härtesten Sanktionsregime der modernen Geschichte – mit verheerenden humanitären Folgen.

Die Studie betrachtet Sanktionen der vergangenen fünf Jahrzehnte. Das UN Sanktionsregime gilt grundsätzlich als gezielter, stärker auf Waffen und Eliten begrenzt, zeitlich kürzer und wohl konsequenter in Kombination mit humanitären Ausnahmeregelungen.

Die UN-Sanktionen gegen den Irak (1990–2003) waren dagegen ein historischer Extremfall: Sie waren nahezu vollumfassend, über 13 Jahre hinweg, ohne funktionierende humanitäre Schutzmechanismen, und sie wurden in sehr ausgeprägtem Maß durch die USA betrieben.

Der Irak ist also kein Widerspruch zu den Ergebnissen der Studie. Er ist vielmehr ein dramatisches Beispiel dafür, wie zerstörerisch Sanktionen wirken können, wenn sie maximal umfassend und über lange Zeit durchgesetzt werden.

### **Sanktionen „zentrales Instrument“ der Bundesaußenpolitik**

Eines wird deutlich: Sanktionen sind kein neutrales Instrument der Diplomatie. Sie sind ein Instrument struktureller Gewalt, das tief in die sozialen und gesundheitlichen Grundlagen eines Landes eingreift.

1 <https://www.ifo.de/en/cesifo/publications/2019/working-paper/sanctioned-death-impact-economic-sanctions-life-expectancy-and-its>

2 [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Body\\_Count\\_first\\_international\\_edition\\_2015\\_final.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Body_Count_first_international_edition_2015_final.pdf)

3 <https://www.thelancet.com/journals/langlo/article/PIIS2214-109X%2825%2900189-5/fulltext>

Und sie sind ein intrinsisch asymmetrisches Mittel: Die politischen Akteure, die Sanktionen verhängen, gehören fast immer zu den wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt. Die Staaten, die sanktioniert werden, gehören fast immer zu den vulnerabelsten. Und die Menschen, die am stärksten getroffen werden, sind die, am wenigsten Einfluss auf die Politik ihrer Regime haben – es sind die Armen, die Alten, die Kranken, die Kinder. Nicht die Regierungen, nicht die Eliten, nicht die bewaffneten Gruppen.

Problematisch ist, dass die deutsche Bundesregierung in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie von 2023<sup>4</sup> Sanktionen ausdrücklich als zentrales Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnet. Sie werden dort als angeblich ‚wirksam‘ und ‚friedlich‘ dargestellt, als etwas, das zwischen Diplomatie und militärischer Gewalt angesiedelt sei.

Doch Sanktionen töten nicht in Sekunden wie eine Bombe, sondern über Monate und Jahre durch Mangel, Krankheit, Verschleiß und den Zusammenbruch des Gesundheitswesens. Das macht sie nicht weniger brutal, sondern lediglich weniger sichtbar.

### Fazit

Es bedarf einer grundlegenden Neuausrichtung der internationalen Konfliktbearbeitung. Wenn wir akzeptieren, dass jedes Menschenleben gleich viel wert ist – unabhängig von Nationalität, Alter, Geschlecht, Religion oder politischer Zugehörigkeit – dann dürfen wir Instrumente, die nachweislich Hunderttausende Menschenleben kosten, nicht als ‚normale‘ politische Werkzeuge behandeln.

Und vielleicht bedarf es auch einer Reform der Vereinten Nationen, die sie wieder zu dem macht, was sie sein sollte: eine Plattform zur friedlichen Lösung von Konflikten und Koexistenz.

Wir müssen uns als internationale Gemeinschaft daran messen lassen, ob wir Konflikte lösen, ohne Menschenleben aufs Spiel zu setzen.



Dr. med. Helmut Lohrer engagiert sich beim IPPNW Deutschland.

4 <https://www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf>

## Cuba unter Totalblockade

**Der Inselstaat Cuba kämpft bereits seit Jahren mit Mangelversorgung, Stromengpässen und einer maroden wirtschaftlichen Infrastruktur. Die über 65 Jahre währende Wirtschaftsblockade der USA hat daran maßgeblichen Anteil.**

Mit einer am 30. Januar 2026 in Kraft getretenen Executive Order hat jetzt US-Präsident Trump die „Politiken, Praktiken und Handlungen der Regierung Cubas“ zu einer „ungewöhnlichen und außerordentlichen Bedrohung“ für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der USA erklärt. Mit dem Ziel, den Export von Öl und Kraftstoffen nach Kuba zu unterbinden, droht die US-Regierung allen Staaten mit empfindlichen Sonderzöllen, die direkt oder indirekt Ölprodukte an Kuba verkaufen oder auf anderem Weg zur Verfügung stellen.

Die Blockade von Kraftstofflieferungen spitzt die Anfang der 1960er Jahre noch unter Präsident Kennedy begonnene, seit den 1990er Jahren mit dem Torricelli-Act und dem Helms-Burton-Act massiv verschärfte Blockade Kubas extrem zu. Indem Cuba der Zugang zu Kraftstoffen versagt wird, wird der gesamte Verkehr perspektivisch auf Pferde- und Eselskarren zurückgeworfen. Damit stehen nicht nur Krankenversorgung und Zugänge zu Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, sondern auch die gesamte Wirtschaft des Landes, einschließlich der Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch.

Überhaupt hat sich die Versorgungslage im Lebensmittel- und Bildungssektor zuletzt immer weiter verschlechtert. Fehlender Strom erschwert die Kühlung von Lebensmitteln, fehlendes Benzin deren Verteilung in den Regionen. Auch Pläne für weitere humanitäre Hilfen der Vereinten Nationen, die nach dem verheerenden Wirbelsturm Melissa Ende Oktober 2025 angelaufen waren, können wegen Logistikproblemen nicht umgesetzt werden.

Besonders gravierend sind die Auswirkungen auf das kubanische Gesundheitssystem: Die bestehende Blockade untergräbt das Recht auf Gesundheit der kubanischen Bevölkerung durch gravierende Einschränkungen beim Zugang zu Medikamenten, medizinischen Geräten, Ersatzteilen und moderner Diagnostik. Die Blockade von Kraftstofflieferungen wird diese verheerenden Folgen weiter verschärfen, da ohne gesicherte Energie- und Treibstoffversorgung der Betrieb medizinischer Einrichtungen sowie Notfall- und Präventionsdienste massiv beeinträchtigt werden.

„Lahmgelegter Verkehr, Müllberge auf den Straßen, Mangel an Grundgütern, wenig Licht, kein Gas und Wasserknappheit. In Cuba herrscht noch keine offizielle Hungersnot, aber es gibt einen offensichtlichen Mangel. Sowohl die öffentliche Sozialfürsorge als auch der private Markt sind nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen“, erklärt die katholische Gemeinschaft Sant’Egidio auf Cuba.

Und was sagt das Auswärtige Amt in Berlin zur absehbaren humanitären Katastrophe Cubas?: „Von nicht notwendigen Reisen nach Kuba wird aufgrund der erheblichen Auswirkungen des akuten Treibstoffmangels derzeit abgeraten“, denn „im gesamten Land sind seit längerem mehrstündige, tägliche Stromabschaltungen mit Auswirkungen auf die Wasser- und Lebensmittelversorgung die Regel. Öffentlicher Nahverkehr, Straßenbeleuchtung, Ampeln, Geldautomaten, Kommunikations- und Sicherheitssysteme sind bereits stark eingeschränkt oder können ausfallen.“

Quellen: <https://www.ialana.de/2026-02-04-volkerrechtswidrige-totalblockade-kubas-durchbrechen-menschenrechte-verteidigen/>, <https://www.rosalux.de/news/id/54543/kuba-im-wuergegriff>, <https://www.santegidio.org/pageID/30008/langID/de/DIE-GEMEINSCHAFT.html>